

tiert wird, sowohl Entgrenzungs- als auch eben Begrenzungstendenzen präzise nachzuzeichnen. Die theoretische Reichweite des Bindungsbegriffs verbleibt zwar innerhalb der „Koordinaten“ des Entgrenzungsdiskurses und ist insofern kein Gegenentwurf bzw. vollkommen neuartige Kategorie zur Beschreibung des Wandel von Arbeit. Gleichwohl ist das Buch sowohl mit Blick auf die *theoretische* als auch *empirische* Diskussion zur „Entfesselung“ von Arbeit äußerst bereichernd. Es ist daher sowohl für ArbeitsforscherInnen, GewerkschaftsvertreterInnen sowie BetriebsrätInnen gleichermaßen empfehlenswert.

Markus Tünte (Duisburg)

Martin Kronauer, Gudrun Linne (Hg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Band 65. Berlin: edition sigma 2005. 423 Seiten, ISBN 3-89404-996-0, 19,90 €

Mit den politischen Auseinandersetzungen um das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 beginnt in der Bundesrepublik, vor dem Hintergrund weitreichender Umstrukturierungen industrieller Produktionsprozesse und betrieblicher Arbeitsorganisation, eine bis heute anhaltende sozialwissenschaftliche Diskussion um Wohl und Wehe der „Flexibilisierung“ von Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsverhältnissen. Zwanzig Jahre später zieht nun der von *Martin Kronauer* und *Gudrun Linne* herausgegebene Sammelband Bilanz einer politischen Entwicklung und wissenschaftlichen Debatte, die seit etwa Mitte der 1990er Jahre eine Wendung in Richtung auf die Frage genommen hat, wie durch politische Regulierung die zunehmende Flexibilität der Arbeit mit dem Erhalt bzw. der Wiedergewinnung sozialer Sicherheit von Individuen und Haushalten verbunden werden kann. Diese Frage wird häufig – allerdings in der Politik weniger als in der Wissenschaft – unter dem Neologismus „Flexicurity“ verhandelt, der in den Niederlanden geprägt und nachfolgend auch auf europapolitischer Ebene aufgegriffen wurde. Im Sinne der damit benannten gesellschaftspolitischen Zielvorstellung geht es den siebzehn Beiträge des Sammelbandes, so *Kronauer* und *Linne* in ihrer Einleitung, darum, auf der Grundlage aktueller Forschungsbefunde und „aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Problem- und Gestaltungsdimensionen von Flexibilisierungsprozessen in der Arbeits- und Lebenswelt zu identifizieren“ (19). Zwar ist dabei gerade wegen

der auf gut 400 Seiten versammelten disziplinären, methodischen und inhaltlichen Perspektivenvielfalt, die nach etwas mehr systematisierendem Rahmungs willen der beiden Herausgeber gerufen hätte, kein Band ‘aus einem Guss’ entstanden – aber sehr wohl eine wahre Fundgrube empirischer Befunde und kritischer Analysen. Wie stets bei hochwertigen Sammelbänden ist es im Rahmen einer Rezension nicht möglich, auf diese Befunde und Analysen im Einzelnen einzugehen. Im Folgenden seien daher nur vier den Einzelbeiträgen eingeschriebene ‘Querschnittseinsichten’ hervorgehoben, die mit Blick auf die weiteren Debatten um (mehr) „Sicherheit in der Flexibilität“ von grundlegender Bedeutung erscheinen.

Erstens sollte, so *Jörg Flecker* in seinem Beitrag, eine kritische Sozialwissenschaft „die Flexibilitätsanforderungen an die Betriebe nicht zum quasi natürlichen und unabänderlichen Ausgangspunkt“ (89) ihrer Überlegungen machen. Ohne die im Zeichen der Internationalisierung veränderten Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in Abrede zu stellen kann gleichwohl als gesichert gelten, dass keineswegs in allen Sektoren Flexibilitätsbedarfe im selben Maße zugenommen haben – und dass betrieblich-unternehmerische Flexibilitätsforderungen eben nicht immer auf ‘objektiven’ Marktbeständen gründen, sondern in ihrer diskursiven Dramatisierung und politischen Durchsetzung oft einfach auch nur auf veränderte gesellschaftliche Machtverhältnisse oder auf Motive der innerbetrieblichen Herrschaftssicherung verweisen. Was kollektiven und individuellen Repräsentanten der Unternehmensseite in diesen Prozessen aber leicht hin (und allzu oft fraglos akzeptiert) als Ausweis wettbewerbspolitisch unverantwortbarer ‘Rigidität’ gilt, stellt für die Beschäftigten nachweislich ein unverzichtbares Moment von objektiver Lebensqualität und subjektivem Wohlbefinden dar: „Das betrifft nicht nur Beschäftigungssicherheit, planbare Arbeitszeiten und Einkommen, sondern auch die Stabilität von organisatorischen Einheiten, wie Stellen und Abteilungen, die für die berufliche Identität und für die Entwicklung von Solidarität wichtig sind.“ (Flecker, 90)

Zweitens weisen verschiedene Beiträge des Bandes (z.B. Erlinghagen, Boockmann/Hagen, Mertens/McGinnity) zwar zu Recht darauf hin, dass das empirisch zu konstatierende Maß an arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Flexibilisierung hierzulande nach wie vor begrenzt ist und daher nicht – ebenso wenig wie die unternehmerischen Flexibilitätsbedarfe – politisch dramatisiert werden sollte. Wie *Marcel Erlinghagen* prägnant zeigt, haben Beschäftigungsunsicherheit

und betriebsexterne Flexibilität in den vergangenen zwei Jahrzehnten keineswegs überhand genommen, lässt sich kein Übergang „zu einem ultraflexiblen Turbo-Arbeitsmarkt“ (37) konstatieren – ebenso wenig wie sich empirische Hinweise finden lassen, „die ohne weiteres mit dem Bild des sklerotischen Arbeitsmarktes in Übereinstimmung zu bringen wären“ (33). Beide Befunde sollten jedoch nicht über die tiefergründigen sozialen Effekte von Rigiditätsrhetoriken und Flexibilisierungspolitiken hinwegtäuschen. Zwar ist das von Mückenberger klassischerweise als „Normalarbeitsverhältnis“ umschriebene Sozialmodell abhängiger Arbeit noch nicht zur empirischen Ausnahme geworden, es wurde jedoch, so *Helmut Rudolph* in seinem Beitrag, „in seinem Inhalt verändert und bietet Sicherheitsversprechen auf niedrigerem Niveau“ (122) – mit der Folge, dass der tatsächliche Flexibilitätsdruck auf die Beschäftigten unabhängig von ihrer (‘typischen’ oder ‘atypischen’) Beschäftigungsform zugenommen hat. Wie der Beitrag von *Martin Diwald* u.a. darlegt, finden sich Handlungsbedarfe für „Flexicurity“-Politiken nicht nur mit Bezug auf Erwerbslose oder Randbelegschaften, definieren heute „die Segmentationslinien auf dem Arbeitsmarkt offensichtlich nicht mehr zuverlässig ‘Insider’, die Beschäftigten einer Kernbelegschaft, denen Arbeitsplatzsicherheit, Senioritätsregeln und Aufstiege selbstverständlich und unbefristet angeboten werden“ (224). Vielmehr spricht Vieles für die in dem Beitrag von *Klaus Dörre* begründete Vermutung, dass Gefühle der Verunsicherung, Merkmale von Instabilität und Phänomene der Prekarität bis in die ‘Mitte der Gesellschaft’ hineinreichen. Hier wie dort, im produktiven ‘Zentrum’ wie an den prekären ‘Rändern’ der „Lohnarbeitsgesellschaft“ (Castel), treffen flexibilisierungsbedingte Beschäftigungs-, Einkommens- und Statusrisiken eine Arbeitnehmerschaft, deren sozialen Erwartungen sich jedenfalls einstweilen noch – und verständlicherweise – an den vom Arrangement des „Normalarbeitsverhältnisses“ versprochenen Sicherheiten orientieren (vgl. dazu den Beitrag von *Köhler* u.a.).

Drittens sei an dieser Stelle kurz – weil er eigentlich hinlänglich bekannt sein sollte –, aber doch – weil er gleichwohl allzu oft unterschlagen wird – auf den Sachverhalt hingewiesen, dass über die Chancen und Risiken von Flexibilisierung bzw. ihrer sicherheitswährenden arbeits- und sozialpolitischen Regulierung nicht im Singular gesprochen werden kann, sondern nur unter Berücksichtigung sozial- und qualifikationsstruktureller Differenzierungen. Betriebliche und staatliche Politiken der Flexibilisierung produzieren, wie *Sigrid Betzelt* und *Karin Gottschall* in ihrem Beitrag zur Alleinselbständigkeit

in wissensintensiven Dienstleistungen zeigen, keineswegs bloß „Opfer fremdbestimmter Veränderungen von Arbeitsbedingungen“ (276). Aber ebenso wenig bzw. noch viel weniger sind im gegenwärtigen Flexibilisierungsprozess die Arbeitskraftbesitzer die Herren und Herrinnen des Verfahrens – auch wenn sie sich dies in manchen Fällen fälschlicherweise einbilden (oder ihnen dies suggeriert oder zugeschrieben wird). Wem Flexibilität – jenseits des Betriebs und seines Managements – nutzt und wer Flexibilitätsopportunitäten auch tatsächlich nutzen kann und wer eben nicht – die systematisch ungleiche Struktur der Nutzungschancen also – ist und bleibt eine zentrale soziale Frage und politische Problematik des flexiblen Kapitalismus.

All dies verweist schließlich – viertens – auf die grundlegende, im Beitrag von *Christoph Köhler* u.a. formulierte Erkenntnis, dass die in dem Konzept der „Flexicurity“ anvisierte Verbindung von Flexibilität und Sicherheit ökonomisch, politisch und kulturell höchst anspruchsvoll und voraussetzungsvoll ist: „Ökonomische Voraussetzung ist ein funktionierender zwischenbetrieblicher Arbeitsmarkt mit guten Wiedereinstiegschancen für freiwillige oder unfreiwillige Aussteiger. Politisch bedarf es etablierter und legitimer Institutionen der sozialen Sicherung, die Zeiten der Nicht-Erwerbsarbeit überbrücken und Wiedereinstiege erleichtern. Kulturelle Voraussetzung sind überbetriebliche Erwerbsorientierungen und die Bereitschaft zur Akzeptanz von Übergängen in vorübergehende Nicht-Beschäftigung oder andere Beschäftigungsverhältnisse“ (313). Dass jedenfalls die – aus der fachlichen Perspektive des Rezensenten vorrangig in den Blick geratenden – sozialpolitischen Voraussetzungen für eine sicherheitsverbürgende, ‘stabile Flexibilität’ lohnabhängiger Beschäftigung (nicht nur) in Deutschland bislang kaum geschaffen worden sind, zeigt der abschließende Beitrag von *Marcel Fink* und *Emmerich Tálos*: „Das Hauptproblem liegt hier in der noch immer dominanten Orientierung der Sozialversicherungssysteme an kontinuierlicher Erwerbstätigkeit beziehungsweise in der vorherrschenden Reproduktion von Einkommensungleichheiten am Arbeitsmarkt in der sozialen Absicherung.“ (413) Die seit einigen Jahren praktizierte „aktivierende Sozialpolitik“ trägt den beiden Autoren (anders *Blanke/Bleses* im selben Band) zufolge weniger Maßstäben der „Flexicurity“ Rechnung als schlicht und primär der Idee abgesenkter Sicherungsniveaus bzw. einer „legitimatorische[n] Entlastung des Staates in dem Sinn, dass das Phänomen der Arbeitslosigkeit zunehmend mehr an den individuellen Eigenschaften der Betroffenen und zunehmend weniger an makroökonomischen Verursachungszusammenhängen fest

gemacht wird.“ (414)

Was aber hätte man nun, bei all den (notgedrungen in aller Kürze referierten) zustimmungsfähigen Einsichten seiner Autorinnen und Autoren, dem vorliegenden Sammelband noch gewünscht? Zwei Dinge vor allem. Zum einen bleibt im Gegensatz zur Flexibilitäts- die Sicherheits-Dimension von „Flexicurity“ leider konzeptionell unterbelichtet. Was kann (und ‚darf‘) soziale ‚Sicherheit‘ im flexiblen Kapitalismus eigentlich heißen? Während einige der Autor(inn)en des Bandes sich diesbezüglich analytisch wie normativ mit relativ wenig – der Einmündung eines befristeten in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis, der Minimierung von Einkommenseinbußen durch ‚atypische‘ Beschäftigungsformen o.ä. – zufrieden geben, darf man anderen wohl getrost ein höheres gesellschaftspolitisches Aspirationsniveau unterstellen. Einige grundsätzliche Überlegungen zu dieser Thematik hätten dem Band jedoch und jedenfalls gut zu Gesicht gestanden. In diesem Zusammenhang hätte dann auch die Frage behandelt werden können, wie ‚neu‘ eigentlich die Zielvorstellung von „Flexicurity“ ist – und ob die Intention bzw. Funktion von (im weiteren Sinne verstandener) Sozialpolitik im Kapitalismus nicht, wie uns die Klassiker von Heimann bis Achinger lehren, ‚immer schon‘ die Kontrastierung der Unsicherheiten und Kurzfristigkeiten der kapitalistischen Vergesellschaftungsform mit dem Gegenprinzip der Sicherheit, mit neuen Formen von ‚Dauer‘, gewesen ist.

Der Rückbezug auf die Klassiker wirft zum anderen auch die grundlegende, im vorliegenden Band aber weitgehend ausgeblendete Frage nach den sozialen Konflikten auf, die sich um das politische Programm der „Sicherheit in der Flexibilität“ seit jeher ranken. Zwar sprechen die beiden Herausgeber diese zentrale Problematik „der Durchsetzbarkeit, vor allem dann, wenn zwischen Flexibilisierung und Sicherheit Zielkonflikte bestehen“ (18), in ihrer Einleitung an. Aber (zu) viele Beiträge des Bandes gehen unausgesprochen und unhinterfragt davon aus, dass Flexibilität und Sicherheit ‚eigentlich‘ kompatibel (oder gar wechselseitig aufeinander angewiesen) sind und dass sich politisch-soziale Akteure, jeweils aufgeklärtes Eigeninteresse vorausgesetzt, auf eine funktionale Verkopplung der beiden konkurrierenden ‚Wertbezüge‘ sozialen Handelns sollten einigen können. Aber ist dem tatsächlich so? Ohne Einschränkung ist *Martin Kronauer* und *Gudrun Linne* zuzustimmen, wenn sie einleitend bemerken: „Noch zu wenig setzt sich die Flexicurity-Debatte unseres Erachtens mit prozessuralen Aspekten, Aushandlungsverfahren und Handlungsrestriktionen auseinander. Dies wird sie

aber müssen – soll Flexicurity angesichts des Beharrungsvermögens gesellschaftlicher Institutionen und der Wirkungsmächtigkeit gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse nicht zur Rhetorik verkommen.“ (18f.) Zur Erhellung dieses blinden Fleckes allerdings trägt der von ihnen herausgegebene Band, bei all seinen sonstigen Verdiensten, selbst bedauerlicherweise wenig bei.

*Stephan Lessenich (Jena)*

Silke Bothfeld, Ute Klammer, Christina Klenner, Simone Leiber, Anke Thiel, Astrid Ziegler: WSI-FrauenDatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, mit CD-ROM. Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 66. Berlin: edition sigma 2005, 510 Seiten, ISBN: 3-89404-997-9, 29,90 €

„Frauen leben und arbeiten in vielerlei Hinsicht anders als Männer“, so heißt es im Vorwort des Handbuchs zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, welches vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung herausgegeben wurde. Mit dem FrauenDatenReport legen *Silke Bothfeld*, *Ute Klammer*, *Christina Klenner*, *Simone Leiber*, *Anke Thiel* und *Astrid Ziegler* ein engagiertes Gemeinschaftsprodukt vor, das für folgende sieben Bereiche eine Fülle geschlechtsdifferenzierter Daten und Analysen bereit hält: (1) Demografie; (2) Bildung; (3) Arbeitsmarkt; (4) Arbeitszeit; (5) Erwerbseinkommen; (6) Soziale Sicherung sowie (7) Politik und Gesellschaft. Bei dem Datenreport zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen handelt es sich um eine Neuauflage des Berichts aus dem Jahr 2000, in der verstärkt europäische Dimensionen berücksichtigt werden. Obwohl es sich um einen FrauenDatenReport handelt, sind die Daten in der Regel für Frauen und Männer ausgewiesen, so dass „nicht nur der Geschlechtervergleich möglich“ ist, „sondern auch eine genderspezifisch aufbereitete Betrachtung“ (8) einzelner Bereiche ermöglicht wird.

Jedes der sieben Kapitel des WSI-FrauenDatenReports beginnt mit einer Einführung, die mit „Das Wichtigste in Kürze“ überschrieben ist. Durch diesen Einstieg lässt sich der Bericht gut quer lesen, die zentralen Ergebnisse sind in Kurzform vorangestellt und zugleich wird auf einem Blick sichtbar, welche Problemfelder die jeweilige Autorin in ihrem Beitrag